



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Beantwortung der Interpellation [2013-256](#) vom 27. Juni 2013 von Sara Fritz, CVP/EVP Fraktion: Sextoys basteln als akademische Disziplin?

Datum: 22. Oktober 2013

Nummer: 2013-256

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

betreffend Beantwortung der Interpellation [2013-256](#) vom 27. Juni 2013 von Sara Fritz, CVP/EVP Fraktion: Sextoys basteln als akademische Disziplin?

vom 22. Oktober 2013

1. Text der Interpellation

Im offiziellen Newsletter des Zentrums für Gender Studies vom 3. Mai 2013 und auf der offiziellen Homepage <http://genderstudies.unibas.ch/aktuelles/agendaeintrag> bewerben die Universität Basel und das Zentrum für Gender Studies unter Verwendung der offiziellen Logos „Universität Basel“, „Uni Basel“ und „zentrum gender studies“ die Veranstaltung „Do it yourself: Sextoys basteln“.

In einer freien Gesellschaft sind wir frei, was wir als Privatpersonen in unserer Freizeit unternehmen. Was aber hat eine solche Veranstaltung im offiziellen Programm der Basler Universität zu suchen, die mit Steuermitteln finanziert wird und die als Universität die Garantin hoher akademischer Qualität und wissenschaftlicher Neutralität und Integrität sein soll?

Wenn man sich diverse Veranstaltungen im Umfeld der Gender Studies anschaut, die im Internet mit dem offiziellen Namen der Universität Basel beworben werden, insbesondere auch der entsprechenden Facebook Gruppe, die ebenfalls unter dem Namen der Universität Basel gemacht werden, tauchen erhebliche Zweifel auf, ob verschiedene Aktivitäten des Zentrums für Gender Studies noch etwas mit wissenschaftlicher Lehre und Forschung zu tun haben. Es stellt sich sogar die Frage, ob mit diesem Hintergrund die nötige Neutralität und kritische Differenziertheit gegenüber dem Forschungsgegenstand und eine neutrale und sachliche Lehre und Forschung sichergestellt ist.

Der Verdacht entsteht, dass Aussagen und Studien aus diesem Institut – oder sogar der ganzen Disziplin der Gender Studies – vielmehr zu Propaganda und politischer Positionierung einer Weltanschauung, eines Menschenbildes und einer Ideologie geworden sind, die wenig mit wissenschaftlichem Verständnis zu tun haben.

Ich bitte daher die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Welchen Finanzierungsbeitrag leistet der Kanton Basel-Landschaft für das Zentrum Gender Studies der Universität Basel? Wer finanziert dieses Zentrum sonst noch und wie stellen sich die entsprechenden Finanzierungsanteile dar?*
- 2. Wurde auch die genannte Veranstaltung aus dem staatlichen Finanzierungsbeitrag ermöglicht? Wenn nein, wie wurde diese finanziert?*

3. *Wie kontrolliert die Uni Basel die Veranstaltungen, die unter ihrem Namen beworben werden, auf deren akademische Qualität hin?*
4. *Wer verantwortet die Qualität des Zentrums Gender Studies (wissenschaftliche Qualität, aber auch weltanschauliche und politische Neutralität)?*
5. *Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass das Beispiel Norwegen gezeigt hat, dass Gender Studies nicht akademisch sind, keine Fortschritte und neuen Erkenntnisse erbringen und gar nicht im Sinne des öffentlichen Interesses sind?*
6. *Könnte sich der Regierungsrat vor dem Hintergrund, dass Norwegen aus vorgenannten Gründen grosse Teile der staatlichen Unterstützung von Gender Studies gestrichen hat, vorstellen, die Finanzierung für solche Forschungen und Veranstaltungen zu kürzen oder zu streichen?*

Ein gleichlautender Vorstoss wurde am 12. Juni 2013 auch im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt eingereicht.

2. Ausgangslage

Die Universität Basel bietet derzeit als einzige Universität der Schweiz einen Bachelorstudiengang in Geschlechterforschung an. Dieses Angebot wird im Rahmen einer Kooperation durch andere Universitäten unterstützt. Das Lehrprogramm vermittelt den Studierenden unter anderem Theorien und Methoden der Geschlechterforschung. Das Forschungsprofil der Basler Gender Studies verbindet sozial-, kultur- und naturwissenschaftliche Traditionen. Analysiert werden multidimensionale Verhältnisse von Geschlecht, Klasse, „Rasse“/Ethnizität und Sexualität.

Die Interpellation bezieht sich nicht auf dieses offizielle Lehr- und Forschungsprogramm, sondern auf einen Anlass der Fachgruppe Gender Studies der Universität Basel. Die Fachgruppen an der Universität sind freiwillige Zusammenschlüsse von Studierenden, die sich auf eigenständige Weise mit dem jeweiligen Fach beschäftigen. Sie vertreten die Interessen der Studierenden und organisieren auch ausseruniversitäre Veranstaltungen. Die Fachgruppen sind selbstorganisiert und offen für alle Studierenden.

Die Fachgruppe Gender Studies führt vier «Genderstammtische» pro Semester durch, die auch für Besucherinnen und Besucher ausserhalb der Universität offen sind. Die in der Interpellation angesprochene Veranstaltung fand als solcher „Stammtisch“ ausserhalb der Universität in einem Restaurant statt. Ausser der Konsumation wurde vom Restaurant dafür nichts in Rechnung gestellt. Für die Veranstaltung, über die in den Medien zum Teil reissersich berichtet wurde, kamen keine öffentlichen Universitätsmittel zum Einsatz, wenn man von den marginalen Mitteln absieht, die zentral bereitgestellt werden, um die Struktur der Studierendenorganisation in allen Fachbereichen überhaupt zu ermöglichen. Nicht die Publikation auf der Homepage der Universität, sondern erst die politischen Vorstösse haben zum breiten öffentlichen Echo geführt haben. In der öffentlichen Darstellung und Diskussion vollkommen untergegangen ist, dass es beim Titel und Inhalt der Veranstaltung um die ironische Beleuchtung der zunehmenden Pornographisierung der Gesellschaft ging.

Es ist üblich, dass auch Veranstaltungen aus dem kulturell-gesellschaftlichen Leben der Universität, die nicht zum eigentlichen Lehr- und Forschungsprogramm gehören, auf deren Homepage und mit ihrem Logo bekanntgemacht werden. Bei dem ausgesprochen breiten Themenspektrum der universitären Welt kommen dabei auch zwangsläufig Inhalte zur Sprache, die nicht die ungeteilte Zustimmung aller gesellschaftlichen Kreise finden.

Die Interpellation bezieht sich also auf eine Veranstaltung ausserhalb des ordentlichen Lehr- und Forschungsprogramms der Universität. Insofern lassen sich daraus keine Schlussfolgerungen über die akademische Qualität des Zentrums Gender Studies ziehen. Relevant sind die Ergebnisse der ordentlichen Evaluationen, die einen ausgezeichneten Leistungsausweis bestätigen.

Vor diesem Hintergrund beantworten wir die Fragen wie folgt:

3. Beantwortung der Fragen

1. *Welchen Finanzierungsbeitrag leistet der Kanton Basel-Landschaft für das Zentrum Gender Studies der Universität Basel? Wer finanziert dieses Zentrum sonst noch und wie stellen sich die entsprechenden Finanzierungsanteile dar?*

Der Aufwand des Zentrums Gender Studies betrug im Jahr 2012 CHF 1'376'000. Dieser wurde wie folgt finanziert:

- CHF 490'000 durch universitäre Mittel
- CHF 493'000 durch Bundesmittel
- CHF 364'000 durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF)
- CHF 29'000 übrige Drittmittel

Wenn die universitären Mittel von CHF 490'000 proportional auf die Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt sowie die Beiträge anderer Kantone gemäss der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) und die Grundbeiträge des Bunds gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG) aufgeteilt werden, dann bezahlt der Kanton Basel-Landschaft rund CHF 168'000 für die Gender Studies. Dies entspricht einem Anteil von 12% bezogen auf das Gesamtbudget von CHF 1'376'000.

2. *Wurde auch die genannte Veranstaltung aus dem staatlichen Finanzierungsbeitrag ermöglicht? Wenn nein, wie wurde diese finanziert?*

Nein, sie wurde aus privaten Mitteln der studentischen Gruppe finanziert.

3. *Wie kontrolliert die Uni Basel die Veranstaltungen, die unter ihrem Namen beworben werden, auf deren akademische Qualität hin?*

Neben dem offiziellen Lehrangebot, das im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt ist, kennt die Universität Basel verschiedene Formen von Veranstaltungen:

- Veranstaltungen, die von der Zentralen Universitätsverwaltung (Rektorat, Vizerektorate, Verwaltungsdirektion) geplant und durchgeführt werden,
- Veranstaltungen, die von Gliederungseinheiten (Fakultäten, Departemente, Institute) geplant und durchgeführt werden,
- Veranstaltungen, die von selbst organisierten Gruppierungen (wie Fachgruppen) geplant und durchgeführt werden.

Für die Qualität der jeweiligen Veranstaltungen sind die Organisatoren verantwortlich. Sie haben auch die Möglichkeit, ihre Veranstaltungen auf ihrer Webseite zu bewerben. Eine zusätzliche institutionelle Kontrolle über sämtliche auf der Webseite publizierten Veranstaltungen wird – auch aus

Gründen der Meinungsäusserungsfreiheit an der Universität sowie der Freiheit von Lehre und Forschung – nicht als angemessen erachtet. Die Universität hat mit dieser einfachen und unbürokratischen Handhabung gesamthaft gute Erfahrungen gemacht.

4. Wer verantwortet die Qualität des Zentrums Gender Studies (wissenschaftliche Qualität, aber auch weltanschauliche und politische Neutralität)?

Das Zentrum Gender Studies unterliegt den gleichen Qualitätssicherungsverfahren wie die anderen Einheiten der Universität. Wie alle neu eingeführten akademischen Organisationseinheiten ist das Zentrum Gender Studies fünf Jahre nach seiner Gründung von einer internationalen Experten-Gruppe evaluiert worden und hat dabei bezüglich akademischer Lehre und Forschung ausgezeichnet abgeschnitten. Aufgrund des Evaluationsergebnisses wurde die bis dahin befristet eingerichtete Professur verstetigt. Die Einführung der Geschlechterforschung an den Schweizer Universitäten wird seit 2004 von der schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) in einem gesamtschweizerischen Projekt gefördert. Leading House für das Vorhaben, die Schweizer Geschlechterforschung auf internationalem Niveau zu etablieren, ist die Universität Basel. Mit Abschluss der laufenden Förderperiode im Jahr 2016 sollen die Gender Studies an den Schweizer Universitäten verankert sein. Der Bund unterstützt dies finanziell. Einen erheblichen Anteil dieser Bundesmittel konnte das Zentrum Gender Studies für die Universität Basel akquirieren. Das Projekt wurde nach der zweiten Förderperiode im Rahmen der allgemeinen Evaluationen der SUK-Kooperationsprogramme evaluiert und als ausgezeichnetes Pilotprojekt gewürdigt (vgl. Evaluation der SUK-Kooperationsprogramme „Projets de coopération et d'innovation 2004-2007). Unter anderem aufgrund dieser positiven Evaluation wurde eine weitere Förderung des Programms bewilligt. Darüber hinaus wurde das Graduiertenkolleg-Netzwerk 2006, bei dem das Zentrum Gender Studies Basel ebenfalls Leading House ist, durch das zuständige nationale «Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung» (OAQ) als erstes Graduiertennetzwerk in der Schweiz erfolgreich akkreditiert. Das heisst, das Zentrum wurde inzwischen mehrfach erfolgreich evaluiert und somit wurde die hohe Qualität der dort stattfindenden Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung bestätigt.

5. Wie stellt sich der Regierungsrat dazu, dass das Beispiel Norwegen gezeigt hat, dass Gender Studies nicht akademisch sind, keine Fortschritte und neuen Erkenntnisse erbringen und gar nicht im Sinne des öffentlichen Interesses sind?

Der Regierungsrat geht bei der Beantwortung dieser Frage davon aus, dass auf die teilweise etwas einseitigen und schlecht recherchierten Medienberichterstattungen über die Umorganisation des Nordic Gender Institute (NIKK) durch den Nordischen Rat Bezug genommen wird. Ende 2011 hat der Nordische Rat, eine interstaatliche Institution der Regierungen von Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden, nach einer Evaluation des NIKK durch eine Unternehmensberatungsfirma Fördermittel in der Höhe von ca. CHF 2 Mio. pro Jahr gestrichen. Gegenstand der Evaluation war das NIKK als Institut und nicht die Geschlechterforschung als akademische Disziplin. Als Kritikpunkt wurde denn auch festgehalten, dass das NIKK seine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht erfolgreich genug erfüllt habe. Hingegen wurde unterstrichen, dass mit dieser Beurteilung nicht die Forschung der Gender Studies an sich sowie daraus resultierende Gesetzesänderungen und andere politische Handlungen in Frage gestellt werden. Im Gegenteil wurde betont, dass diese Forschungen nach wie vor notwendig und von gesellschaftlichem Interesse sind. Die zahlreichen Lehr- und Forschungsprogramme der Gender Studies an den Universitäten der nordischen Länder bleiben unangetastet.

6. Könnte sich der Regierungsrat vor dem Hintergrund, dass Norwegen aus vorgenannten Gründen grosse Teile der staatlichen Unterstützung von Gender Studies gestrichen hat, vorstellen, die Finanzierung für solche Forschungen und Veranstaltungen zu kürzen oder zu streichen?

Nein. Mit Blick auf den geschilderten Sachverhalt und die nachgewiesene hohe Qualität des Zentrums Gender Studies besteht kein Handlungsbedarf.

Liestal, 22. Oktober 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die 2. Landschreiberin: